

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 148 Preis: Monatlich 1,75 Mk. frei Haus. Bei Abnahme 16 Mk. Bei den Abonnenten monatlich 525 Mk. ohne Postgeb. Einzelnummer 15 Pfennig. Halle, Donnerstag, den 3. Juli 1919 Anzeigenpreis: Die 6-spaltige 10-Zeilen-Zeile 20 Pfennig. Im Reklameteil 10-Zeilen-Zeile 60 Pfennig. — Schluss der Anzeigen-Nahme vormittags 10 Uhr. — 3. Jahrgang

Zum Tode verurteilt.

Budapest. Nach einer Meldung des ungar. Telegr.-Korrespondenten veröffentlicht die ungar. Regierung einen Aufruf an alle Soldaten der Roten Armee, worin gelagt wird: Die Interessen des proletarischen Vaterlandes machten es notwendig, nicht weiter vorwärts zu gehen, sondern einen Teil der in ruhmvollem Kampfe eroberten Gebiete zu verlassen und sich auf ein anderes Gebiet zu bewegen, das gesamtlich die wichtigsten Gruppen der russischen Völker befreit. Man weiche nicht zurück vor den tschechoslowakischen Imperialisten, man habe es zu tun mit der gesamten Macht der französischen, englischen und amerikanischen Weltmächte, die ihren großen Sieg ausnützen.

Dieser Meldung ging in wenigen Worten eine andere amtliche ungarische Meldung voraus, daß die ungarischen Truppen auf Befehl der Entente hinter die von dieser bestimmten Demarkationslinie zurückgezogen werden. Zu gleicher Zeit bittet der Oberkommandierende der ungarischen Roten Armee, daß die Entente und deren Führer in den zu räumenden Gebieten für ihre Maßnahmen nicht verantwortlich zu machen, da sie nur die Befehle der Budapest Regierung verfolgt hätten. Rechnet man hinzu, daß es der ungarischen Regierung nur mit Mühe, unter Aufsicht der drakonischsten Wache, gelungen ist, sich gegen den Ansturm sowohl der Reaktionäre wie der unzufriedenen Arbeiter zu behaupten, so kann man sagen, daß dies

seinen Schatten springen, niemand kommt mit dem Kopf durch die Wand, er wird sich dabei immer den Schädel einrennen.

So geht es den Ungarn, so geht es uns, wenn wir der Bolschewiken-Bolschewiege folgen. Die gegebenen Verhältnisse müssen in Rechnung gestellt werden, wir leben inmitten hochkapitalistischer, imperialistischer Staaten. Das wird mit den schönsten Phrasen und den begehrtesten Schwärmereien nicht aus der Welt geschafft. Was wider die Natur ist, ist nicht lebensfähig, und was

nicht lebensfähig ist, muß sterben. So war es, so ist es, so bleibt es. Die französischen, englischen und amerikanischen Weltmächte haben die ungarische Regierung zum Tode verurteilt, sie werden das Todesurteil auch vollziehen, denn sie haben den freien Willen und auch die Macht dazu. Wir aber wollen leben. Darum kann für uns Deutsche und vor allem für uns deutsche Sozialisten das ungarische wie das russische Rätediktatur-Experiment immer nur ein abgedrehtes Beispiel sein.

Deutschland will schnelligste Ratifizierung.

Schon Anfang nächster Woche. Berlin, 2. Juli. (M.F.B.) Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles wurde dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht:

Herr Präsident! Auf die Note vom 28. 6. betreffend die Aufhebung der Blockade beziehe ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung nimmt durch Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen, vollständigen Ratifizierung des Friedensvertrages absehen, die Ratifizierung des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Bewußte, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren, verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifizierung erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung der getragenen Körperschaften und der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung ist der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Zwangs einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßte, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnten Nachrichten vorliegen, auch mit der Hebung der deutschen Gefangenen aus ihren Bänden begonnen wird. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Müller, Reichsminister des Auswärtigen.

Nach einer französischen Note wird die Weimarer Friedenskommission ihre Tätigkeit erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages aufnehmen.

In einem Leitartikel zu der deutschen Note über die Beschleunigung der Ratifizierung schreibt der „Vorwärts“ u. a.: Deutschland wird wohl als erster Staat durch Ratifizierung des Friedens vollziehen. Wir haben zu dem schändlichen Pakt des Versaillers schon früher Stellung genommen. Das, was uns in dieser Stunde bei dem Gedanken des endgültigen Aufschlusses des Friedens am tiefsten bewegt ist das Schicksal unserer Bürger im Westen, Osten und im Norden. Bisher gab es keine Zerbreche. Von der nächsten Woche an wird es da sein, und aller guter Wille, Frieden und Eintracht in der Welt zu halten, wird an den härteren natürlichen Kräften scheitern, die in den verzerrtesten Völkern sich aufbauen und nach Gerechtigkeit luchen.

Deutschlands Wille zur Vertragserfüllung. Berlin, 8. Juli. Die „Deutsche Wk. Ztg.“ berichtet nach der „Neuen Zürcher Zeitung“, daß das Aufheben der Feindseligkeiten an der deutsch-polnischen Grenze in den Kreisen der Friedensstifter als ein erster greifbarer Beweis für den Willen Deutschlands betrachtet wird, den Friedensvertrag zu respektieren. Die Atmosphäre werde dadurch geläutert.

Wiederannahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland.

Basel, 2. Juli. M.F.B. Drahtet von hier: Engländer berichten, daß die englische Regierung die Wiedererrichtung der in England befindlichen Filialen deutscher Firmen und den ungehinderten Telegramm- und Briefverkehr zwischen diesen Filialen und den deutschen Großfirmen genehmigt habe.

Weiter wird aus Basel vom 2. Juli gemeldet: Die „Daily News“ melden, habe das Wirtschaftskomitee der Entente zur Wiedererrichtung englischer Filialen nach dem

igen Willen gegeben. Die Ausfuhrerlaubnis hänge von der Annahme des Friedensvertrages in der deutschen Nationalversammlung, aber nicht von der Ratifizierung durch die Parlamente der Ententestaaten ab.

Nach Amerika. Der New-Yorker Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß die sofortige Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland immer dringender und allgemeiner gefordert wird. Die Zeitung „Sun“ meint, diese Bewegung sei so stark, daß sie den Bundeskongress zwingen werde, das gegenseitige Verbot des Handels mit dem Feinde fallen zu lassen. Allerdings werde die Billigung des Senats und die Ratifizierung des Friedensvertrages zwingen.

Nichts als gemeine Berhetzung.

Immer und immer wieder rufen die Unabhängigen und „Aktionen“ auf, um die mehrheitssozialistische Regierung zu kürzen, um dadurch bessere Verhältnisse für das Volk zu schaffen. Sie versprechen dabei alles Mögliche, halten das Blau vom Himmel herunter und machen mit ihren demagogischen Mitteln jedem Unzufriedenen plausibel, daß er trotz aller Peinlichkeiten ein Leben herrlich und in Frieden führen könne, wenn die Unabhängigen „Volksbeglückter“ am Ruder wären und die Gesetze des Volkes leiten würden. In jeder Zeit haben wir darauf hingewiesen, daß jedem Einseitigen und Karbidenden hat es stets eingebläut, daß nicht die gegenwärtige Regierung an den Willen anderer Tage schuld ist, sondern eben die wichtigsten Verhältnisse, die durch die verlorenen Kämpfe haben und den Krieg mit seinen Verleumdungen herbeigeführt wurden, und daß auch die unabhängigen Unabhängigen dem Volke nicht mehr geben könnten als die gegenwärtige Regierung.

Sie sind und wieder gibt es Unabhängige, die ehrlich genug sind, es auch anzukündigen. So hat der ausgesprochene Führer der linken Unabhängigen, der Versäufende Berliner Volkskämpfer Ernst Dümmler, die sich am Dienstag mit der gegenwärtigen Lage der schaffigen, folgenden begründenden Satz geprägt:

„Wenn an Stelle von Bauer, Wissel und wie sie alle heißen, Haase, Sohn, Dörschfeld in der Regierung säßen, würden die Dinge auch nicht besser gehen.“

Als also! Wenn danach die Unabhängigen weiter sagen werden: Die „sozialistische“ Regierung ist eine Berhetzregierung, die hinweggefegt werden und durch eine alles umarmende unabhängige Regierung ersetzt werden muß, so wird jeder wissen, was er davon zu halten hat. Ganz andere Worte als der Wille, dem Volke zu helfen, sind es, die die Unabhängigen zu ihrer „Propaganda“ treiben und man kann diese Art der „Aufklärung“ wider besseres Wissen nicht anders als gemeine Berhetzung bezeichnen.

Vertrauensvotum für die General-Kommission.

Berlin, 2. Juli. (M.F.B.) Laut „Vorwärts“-Mitteilung aus Weimern ist auf dem Generalrat der General-Kommission ein Vertrauensvotum mit übergeordneter Mehrheit angenommen worden. Vom Metallarbeiterverband stimmten 63 Delegierte dafür, 64 dagegen, vom Eisenarbeiterverband 13 für und 12 gegen. Andere Verbände stimmten fast geschlossen dafür. Der Antrag der Gewerkschaften kam gegen die Willen der Streiks einseitig, gegen den Rat der Streiks einseitig, gegen den Rat der Streiks einseitig, gegen den Rat der Streiks einseitig.

bedeutet, die Ungarn seit der Übernahme der Macht durch Bela Kun aus den Händen des Grafen Karolyi getrieben hat. Dieses Ergebnis war ohne besondere Prophezeiung vorauszusagen, um so schwerer wiegt die Verantwortung der Führer, die vorläufig noch in Budapest regieren. Sie konnten man auch annehmen, daß der Teil eines Landes, das rechts zusammengebrochen war, noch einmal die Waffen gegen eine übermächtige Koalition mit Erfolg erheben könnte? Das äußere Wagnis ist so leichtfertig wie das innere. Es ist kennzeichnend, daß es ausschließlich agrarische, kapitalistische noch unentwickelte Länder sind, die als erste

tragische Experimente des Bolschewismus

unternommen. Gerade Karl Marx, als dessen konsequente Jünger sich die Kommunisten rühmen, hat nachgewiesen, daß der Kapitalismus und die Erreichung seiner höchsten wirtschaftlichen Reife notwendige Vorbereitungen des Sozialismus sind. Während es in Rußland die brennende Sehnsucht nach dem Frieden war, die dem Bolschewismus den Boden vorbereitete, war es in Ungarn gerade die entgegen gesetzte Tatsache, die Brutalität des herrschenden Regimes, die viele Kreise für die Unterstützung der ungarischen Regierung einnahm, weil die ungarischen Kommunisten gefühllos mit der Parole des heiligen Kampfes gegen das Ententekapital zu agitieren verstanden — alles Gründe, die das Fehlen der wesentlichsten Bedingung zum Gelingen des ultrajobalistischen Versuches nicht erlösen konnten. Nun wird Sowjet-Rußland bald wieder allein stehen. Mit Polen hat es einen Vertrag geschlossen, womit vorläufig der Waffenkampf zwischen Polen und Sowjetrußland beendet sein dürfte. Die Kämpfe gegen Denikin, Koltschak und die Ukraine Generale können als innere Auseinandersetzungen Rußlands betrachtet werden. Damit kann man feststellen, daß der rote Militarismus, der

bolschewistische Expansionsdrang, ebenso Schiffbruch erlitten

hat wie der Panislamismus und der Großmachtgedanke der 2. L. Monarchie von ebendem.

So wenig es der Entente zu gönnen ist, daß sie überall den Trümpf auspielen kann, so viel näher uns eine bolschewistische Regierung immer noch steht als die brutal-kapitalistische eines Clemenceau, so sicher ist auch die ungarische Erfahrung eine heilsame Lehre. Es ist notwendig, daß einmal ein Ende damit gemacht werden muß, die Völker von einer Weltmission in die andere zu führen, mag sich eine solche reaktionär-nationalistisch oder international-bolschewistisch formulieren.

Die Behauptung der inneren und äußeren Mächte der Welt ist lediglich eine Frage friedlicher Entwicklung und reiferer Verhältnisse. Alle die Experimente, die nicht mit den Tatsachen rechnen, müssen als gescheitert angesehen werden. Niemand kann über

Die neuen Reichsteuern.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 zerfällt in zwei Hauptteile: erstens in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und zweitens in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Das Mehrertrommen, das die Einzelpersonen gegenüber dem Einkommensteuerbesitz haben, wird durch die Abgabe von 2000 bis 4000 Mark übersteuert, mit einer Steuer belegt werden, die für die ersten 10000 Mark 5 v. H. beträgt und auf Grund eines Staffelsatzes bis auf 50 v. H. ansteigt. Vom Mehrertrommen, den die Gesellschaften im fünften Kriegsjahresjahr erzielt haben, ist eine Abgabe bis zu 80 v. H. zu bezahlen, während nach dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe 60 v. H. betrug.

Der Entwurf des Kriegsabgabengesetzes für 1919 wird durch die Kriegsabgabenerhebung der Gesellschaften, nicht aber der Einzelpersonen abgesehen regeln. Diesem Zwecke folgend wird der Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs dienen, die sich daher auf die Besteuerung der Einzelpersonen beschränkt. Sie haben eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis zum 31. Dezember 1919 erzielten Vermögenszuwachs, soweit er den Betrag von 50000 Mk. übersteigt, zu zahlen. Dabei wird die auf Grund des Kriegsabgabengesetzes vom 21. Juni 1918 und auf Grund des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 gezahlte Steuer von dem auf Grund des neuen Gesetzes zu zahlenden Betrage in Abzug gebracht. Ueber die Höhe der Abgabe bestehen zwischen der Regierung und dem Staatenausschuss Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung will, daß jeder Vermögenszuwachs, der den Betrag von 204500 Mk. übersteigt (einschließlich der abgabefreien 50000 Mk.), einlöslich erfaßt wird. Der Staatenausschuss will, daß die vollständige Begrenzung erst beim Vermögenszuwachs von 440500 Mk. eintritt. Von den neu in den Entwurf genommenen Bestimmungen ist besonders die bemerkenswert, daß die seit dem 31. Dezember 1918 eingetretenen Verluste berücksichtigt werden sollen.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung der Einkommensteuer im Sinne ihrer Ausdehnung auf das Gatten- und Kindeserbe und der verbrieflichen Vererbung der ererbten Vermögensgegenstände vor, ferner eine entsprechende Erweiterung der Schenkungssteuer. Die Erbschaftsteuer soll nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers in sechs Klassen erhoben werden. Die Steuer ist je nachdem niedriger oder höher, ob der Erwerber in näheren oder entfernteren oder gar keinen Verwandtschaftsbeziehungen zu dem Erblasser steht. Die Steuer soll ferner nicht bloß nach der Höhe des Erbes, sondern auch nach dem Erblasser zu berücksichtigen sein. Bei großen Erbfällen und großen bereits vorhandenen Vermögen kann die Steuer annehmbar bis auf 75 Prozent und unter Hinzurechnung der Nachlasssteuer bis zu einem Höchstbetrage von fast 80 Prozent hinausgehen. Dem Erwerb von Todes wegen wird der Erwerb durch unentgeltliche Zuwendungen unter Lebenden gleichgestellt. Es müßte jedoch hier zunächst auch für eine Besteuerung derjenigen Zuwendungen Sorge getragen werden, die in den letzten Jahren - vielfach in der Erwartung, daß durch Steuern erziparen zu können - vorgenommen wurden. Dem Entwurf über die Erhebung der Einkommensteuer vom 31. Dezember 1918 erfolgt sind, dem neuen Gesetz unterworfen sein. Schließlich ist in dem Entwurf eine Nachlasssteuer vorgesehen, die eine Besteuerung des gesamten Vermögens des Verstorbenen, das bei seinem Tode vorhanden ist, betrifft.

Der Entwurf eines Grundbesitzsteuerergänzungs-gesetzes soll die verschiedenen Abgaben, die jetzt vom Reiche, von den Bundesstaaten und Kommunen beim Grundbesitz erhoben werden, vereinheitlichen. Es soll in Zukunft beim Eigentumsübergang die Grundbesitzsteuer des Reiches, und zwar in Höhe von 4 Prozent des gemeinen Wertes des Grundbesitzes erhoben werden, und der davon zu entrichtende Steuerbetrag gleichmäßig verteilt werden müßten. Ferner ist vorgesehen eine einheitliche periodische Besteuerung gebundener Grundstücke oder von Grundbesitz, die im Eigentum von Personenvereinigungen usw. sich befindet (Besteuerung der "Toten Hand"), wenn 20 Jahre seit dem letzten steuerpflichtigen Besitzwechsel oder dem legitimalen Eintritt der Steuerpflicht gemäß den Vorschriften des Entwurfs verlossen sind. Die Steuer soll hier 2 Prozent betragen.

Der Entwurf eines Progressivsteuergesetzes will eine abermalige Abgabe auf solches Grundeigentum legen, das sich in der Umgebung von Festungen befindet, bisher insofern gewisse Beschränkungen unterworfen war, namentlich aber, da eine baldige Beteiligung der Festungsanlagen in weitem Umfange möglich ist, von den Beschränkungen befreit wird und somit einen unerwarteten Wertzuwachs erfährt. Im Entwurf eines Tabaksteuerergänzungs-gesetzes wird eine Neugestaltung der Tabaksteuerung in der Richtung vorgeschlagen, daß von allen Tabakerzeugnissen eine nach ihrem Kleinverkaufspreise abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Verbrauchsabgabepflicht für Zigaretten bewegen sich in 23 Abteilungen zwischen 8 Mk. für 1000 Stück und 500 Mk. für 1000 Stück je nach der Höhe der Kleinverkaufspreise. Die Abgabepflicht für Zigaretten bewegen sich in 11 Abteilungen zwischen 10 Mark für 1000 Stück (bei Zigaretten bis zu 3 Pfg. das Stück) und 140 Mark für 1000 Stück (bei Zigaretten von über 25 Pfg. das Stück).

Auch eine Erhöhung der Zuckerteuer wird notwendig. Es soll statt 14 Pf. in der Folge 20 Pf. für 100 Kilogramm Reingewicht betragen. Das würde einer Erhöhung des Kleinverkaufspreises um 8 Pf. für das Pfund gleichkommen.

Die Steuer für Zündhölzer und Zündkerzen soll vermindert werden, so daß z. B. für Schachteln mit 30 bis 40 Zündhölzern die Steuer 3 Pf. für jede Schachtel, für Schachteln mit weniger Zündhölzern 10 Pf. für jede Schachtel beträgt. Außerdem werden zum Schutze der Zündholzindustrie und des

Ertrages der Zündwarensteuer neu die Feuerzeuge zur Besteuerung herangezogen. Auch eine Erhöhung des Eingangszolltarifs für vom Ausland eingeführte Zündhölzer und Zündkerzen ist vorgesehen.

Der Entwurf eines Vermögensgegenstandssteuer-gesetzes bestimmt, daß alle von Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden erlassenen Vorschriften, nach denen eine Vermögensgegenstandssteuer erhoben wird, zurückfallen. In deren Stelle soll die Reichs-vermögensgegenstandssteuer treten, von deren Ergebnis die Hälfte dem Reiche zufließen soll.

Das Kartenspiel soll ebenfalls in Zukunft steuerlich höher belastet werden. Die Steuer soll sich in der Folge für Kartenspiele von mehr als 24 bis einschließlich 48 Blättern auf 2 Mark belaufen; für Kartenspiele mit weniger Blättern mit mehr Blättern ermäßigt sich oder erhöht sich der Satz. Auch die vom Auslande eingeführten Spielkarten sind der Steuer unterworfen; sie werden überdies einen erhöhten Eingangszoll zu tragen haben.

Aus den neuen Steuervorlagen erwartet das Reichsfinanzministerium nach vorläufiger Schätzung folgende Einnahmen: Aus der Tabaksteuer eine Einnahme von 700-750 Mill. Mk., d. i. ein Mehr von 400 Millionen gegen bisher; aus der Erbschaftssteuer 500 Millionen, d. i. ein Mehr von 470 Millionen; aus der Zuckerteuer 350 Millionen, d. i. ein Mehr von 180 Millionen; aus der Vermögensgegenstandssteuer 30 Millionen; aus der Zündwarensteuer 50 Millionen, d. i. ein Mehr von 38 Millionen; aus der Grundbesitzsteuer 124 Millionen, d. i. ein Mehr von 74 Millionen; aus der Einkommensteuer 120 Millionen, d. i. ein Mehr von 8 Millionen; für die Kriegssteuerabgabe für 1919 stellt bisher die Schätzung, Der Ertrag dürfte geringer sein als für 1918, da die Einzelpersonen für 1919 keine Abgabe vom Vermögen zu zahlen brauchen. Die neuen Steuern werden dem Reich insgesamt eine Mehreinnahme von etwa 1200 Millionen bringen. Dazu kommen die Erträge der Vermögenszuwachsabgabe, die bis zu 10 Milliarden Mark betragen wird.

Die Übergabe der deutschen Ostgebiete an Polen.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die Abtretung des größten Teils von Westpreußen und Posen von Deutschland und ihre Eingliederung in den polnischen Staat grundsätzlich anerkannt worden. Die Folgerungen aus dieser ergebnissen Angelegenheit müssen gezogen werden. Inzwischen bleibt im Osten zunächst noch alles beim Alten; die im Februar festgelegte Linie wird auch während der nächsten Wochen von beiden Seiten anerkannt werden müssen, und die preussischen Behörden werden in den der Abtretung

verfallenen Gebieten weiter ihre Funktionen. Ebenso muß das deutsche Militär noch die Grenzen besetzt halten. Falls es nicht zu Zwischenfällen kommen sollte, wird sich der Übergang aus der deutschen in die polnische Hand erst vollziehen, wenn der Friedensvertrag ratifiziert und daraufhin ein allgemeines Einvernehmen zwischen beiden Vertragsparteien erzielt sein wird. Das dürfte in drei bis vier Wochen der Fall sein. Dann erst wird die Übergabe der deutschen Ostgebiete und des künftigen Eigentums an die polnische Regierung erfolgen. Für den preussischen Staat dürften die bisherigen Oberpräsidenten Schnadenburg und v. Hilow als Staatskommissare mit außerordentlichen Vollmachten ernannt werden, um bei diesem Zeitpunkte die deutschen und preussischen Interessen zu vertreten.

Ein republikanischer Offiziers- und Unteroffiziersbund.

Die unerfreulichen Vorgänge der letzten Zeit im Offizierskorps, die Stellungnahme verschiedener Truppenkörper aus Anlaß des Friedensschlusses gegen die Regierung, die zur Entlassung einer Anzahl Kommandeure führte, hat jetzt eine beachtenswerte Gegenwirkung gezeigt. Wie den P. P. N. mitgeteilt wird, ist unter dem Namen "Republikanischer Offiziersbund" eine Bewegung im Gange, die den Zusammenbruch aller jenseits Andersdenkenden schließt. Der neue Bund will dem Volke die Gewähr schaffen, daß die Wehrmacht aus sich selbst heraus jeden Mißbrauch zu reaktionären Tugenden ablehnt. Die neue Organisation wird in der nächsten Zeit mit einer Verammlung an die Öffentlichkeit treten.

Die Aufschreien sind zu richten an Leutnant Müller-Brandenburg, Steglitz, Steinstraße 53 I.

Ärztliche Verdächtigung des Reichspräsidenten.

Die Deutsche Zeitung bringt folgendes Telephongespräch, das, wie sie hinzufügt, den Vorgang hat, wahr zu sein: Hier Nebenamtliche Barne-münde. Wer dort? Hier Reichspräsident Ober. Ich

Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

Nachdem es schon Ende voriger Woche hieß, der Eisenbahnerstreik sei beendet, und trotzdem gegen den Willen der Organisation weiterging, scheint er nunmehr, wie die antizipierenden Meldungen besagen, sein Ende erreicht zu haben. Mangelnde Inhaft und Verzögerung ist durch den Streik, der am allermeisten die minderbemittelten Volksschichten getroffen hat, hervorgerufen worden. Großes Unbehagen hätte entstehen können, ist aber noch vermieden worden. Die Eisenbahnerorganisationen wählten, daß den unentgeltlichen Dienstleistungen das Schicksal der Eisenbahner völlig gleichgültig ist. Sie haben es abgesehen, diesen Streik weiter mitzumachen, und der Eisenbahnerführer Brunner hat in Nürnberg auf dem Gewerkschaftsfestrecht offen ausgesprochen, daß es „im gegenwärtigen Augenblick ein Verbrechen aus deutschen Völkern ist, zum Streik aufzugeben.“ Brunner hat weiter gesagt: „und das befehle ich schlagartig die wahren Absichten derer, die die Eisenbahner in den Streik geführt haben - daß man die Eisenbahner noch bevor Verhandlungen stattfinden, zum Streik verleitet hätte. Im preussischen Staats-hausparlament, wo über die Eisenbahnerforderungen im Antrag unterstellt, in den Eisenbahnerkreisen, wie möglich entgegenzukommen, mit Ausnahme der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokraten. Denen lag es also gar nicht daran, den Eisenbahner zu helfen. Im Gegenteil! Ihre Not sollte nach dem Willen der Unabhängigen nicht gelindert werden, weil dadurch viel leichter die Eisenbahner in eine Verzweiflungslage hätten verlegt werden können und das Ziel der Staatsführung leichter zu erreichen gewesen wäre. Es liegen eine ganze Reihe anderer Beweise für das ständige Spiel vor, daß hier mit unglücklichen Arbeitern zum Schaden der besten Willenskräfte getrieben wurde. Bis jetzt hätte der Wind die Segel der „Volkstreue“. Aber wir haben den Höhepunkt erreicht, der letzte Aktum derer, die ihre Hölle wegwässern sehen und die Verzweiflung in deutschen Völkern, die Verzweiflung seiner Lebensverhältnisse fürchte, wird werden und wir werden ausleben können trotz aller Feste, weil das Volk den Aufstand braucht und will.“

Berlin, den 2. Juli 1919. B.Z. meldet: Mit dem morgigen Tage findet ein Teil des Berliner Verkehrsstreiks sein Ende. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Der Vorstand der Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt hierzu:

Da wir und der Anstalt nicht verstehen, daß der Eisenbahnerstreik in diesem Ausmaß schwere Schädigungen für die Allgemeinheit mit sich bringt, haben wir uns entschlossen, unsere eigenen Interessen vorläufig hinter denen der Allgemeinheit zurückzulassen. Wir haben daher unseren Mitgliedern empfohlen, zum morgigen Tage ab die Arbeit in vollem Ausmaße wieder aufzunehmen. Die Abkündigung, die in einer ganzen Reihe von Betrieben bereits stattgefunden hat, ergab eine feste Majorität für Abbruch des Streites.

Die Beilegung des Streites ist aber noch hauptsächlich an die Beendigung des Eisenbahnerstreiks geknüpft, worauf die Beamten und Arbeiter einzulassen werden, die am morgigen Tage nicht die Arbeit aufnehmen würden.

Berlin, 2. Juli. Wie eine Korrespondenz meldet, hat die Urabstimmung der ausländischen Eisenbahner und -beamten ergeben, daß die Mehrheit für die Aufnahme der Arbeit und des Betriebes am Donnerstag freilich sich erklärt hat.

Besserung der Lage.

Berlin, den 2. Juli. Das B.Z. drahtet: Das endgültige Resultat aus den Abstimmungen der Eisenbahner steht noch nicht fest, da Zeitresultate aus Hauptwerkstätten noch fast alle fehlen. Eine kleine Besserung der Lage ist insofern eingetreten, als eine Anzahl von Arbeiter in die Werkstätten zurückgekehrt ist. Das hat zur Folge gehabt, daß viele Güterzüge abgefertigt werden konnten. Es scheint Aussicht vorhanden zu sein, daß der Betrieb morgen in größerem Umfange aufgenommen werden kann. Der Gewerkschaftsbund der Eisenbahner hat sich jedoch für den Abbruch des Streites erklärt. Er schließt sich nicht an Agitatoren, die noch eifrig Stimmung zu machen suchen für das Verbleiben im Streik. Sie finden aber wenig Gegenliebe, da ihnen erwidert wird, daß bereits viele Arbeiter zu ihrem Arbeitsfeld zurückgekehrt sind und außerdem der Streikfonds fast gar keine Mittel mehr besitzt.

Der Breslauer Eisenbahnerstreik beendet.

Wie die P. P. N. aus Breslau erfahren, ist der Eisenbahnerstreik wieder voll und ganz aufgenommen. Es streikten nur noch Metallarbeiter, die bis herbeizogen den Eisenbahner in einem Sympathiestreik angegeschlossen hatten.

Der Verkehrsstreik.

Berlin, 2. Juli. Nach den bisher vorliegenden Berichten ist der heutige Streik in der gegen Stand ruhig verlaufen. Das Personal der Straßenbahn und Hochbahn hielt verlässlichen Versammlungen ab, doch ist es bis jetzt zu keiner Abänderung zwischen Direktion und Aufsicht gekommen. Heute trat auch das gesamte Personal der Omnibusgesellschaften in den Ausstand. Das Aufsichtspersonal des Magistrats, dessen Ausschuss gelten eine Protestresolution wegen der Verhaftung des Führers der Bauarbeiterbewegung Emonts überreichte, erklärt heute, in keinerlei Proteststreik eintreten zu wollen.

Berlin, 2. Juli. (B.Z.) Das Reichsgerichtspräsidentium gibt in einer Erklärung bekannt, daß es abgesehen habe, in den Berliner Verkehrsstreik nicht einzugreifen. Es erwidert in diesem Sinne an verschiedenen Stellen. Es erwidert, daß der am 2. Juni 1919 zwischen Reichsregierung und Arbeitnehmern abgeschlossene Tarifvertrag bestimmt, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie einem unparteilichen, d. h. nicht an den Streitenden hängenden Richter, übertragen wird. Die vorangehende einmalige Schlichtungssitzung vom 7. Juni gegenwärtig nicht bewirkt werden kann, daß es aber angeht, ist die Frage in etwa 1400 Wochen erneut zu prüfen, wenn sich die Lösung des Verkehrsstreiks aus dem Schlichtungsausschuss nicht ergibt. Die richterliche Schlichtung der Schlichtungsausschuss hat, wie der von der Regierung ausreicht psychologische Lösung der Arbeitsstreitigkeiten.

Das Aufsichtspersonal des Magistrats, dessen Ausschuss gelten eine Protestresolution wegen der Verhaftung des Führers der Bauarbeiterbewegung Emonts überreichte, erklärt heute, in keinerlei Proteststreik eintreten zu wollen.

